

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 18.11.2020
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Christian Baron

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Ina Neufeld

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Frau Stadträtin Nora Kasüschke

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsbeirätin

Frau Integrationsrätin Aslihan Dosgül

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Alexander Groll

Herr Ralph Häcker

Herr Gerhard Hackner

Herr Robin Hecker

Herr Markus Herrmann

Herr Reinhard Langer

Herr Helmut Ott

Herr Matthias Pflüger

Herr Michael Schaumann

Herr Alexander Trautmann

Gast

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Nadine Molinari

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats durch Ausscheiden von Herrn Christian Baron und Frau Nora Kasüschke
- 2 Festsetzung der Besoldung des Ersten Beigeordneten
- 3 Stadt- und Hospitalwald Schwäbisch Gmünd:
 - Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2021 und des Vollzugs 2020 durch die Kreisforstverwaltung
 - Überplanmäßige Ausgabe für Holzfällung und -aufbereitung im Vollzug 2020
- 4 Spenden-Aktion für den klimagerechten Waldumbau
- 5 Projekt einer kombinierten Schaf- und Ziegenbeweidung auf Heide- und Waldflächen im Naturschutzgebiet Bargauer Horn
- 6 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
hier: Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum
- 7 Fremdvergabe/Eigenbesorgung im Bereich Grünpflege, Winterdienst und Reinigung der städtischen Gebäude
- 8 Neuausschreibung im Kopier-, Druck- und Telefaxbereich für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und die Schwäbisch Gmünder Schulen
hier: Vergabe der Lieferung, Einrichtung und Wartung der Geräte nach VOL
- 9 Antrag der SPD-Fraktion zur Beschaffung von Luftfiltern für Gmünder Schulen
- 10 Anträge der Fraktion Die Linke zur Dokumentationspflicht bei Vergabeverfahren und Einrichtung einer zentralen Vergabestelle
- 11 Festival Europäische Kirchenmusik
 - Abschlussbericht zum Festival 2020
 - Planansatz für das Festival 2022
- 12 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 13 Bekanntgaben
- 13.1 Machbarkeitsstudie "Klepperle"
- 14 Anfragen
- 14.1 Zeiselberg
- 14.2 Vergünstigtes Parken an den Adventssamstagen

- 14.3** Abbruch Rotrinnen-Steg - Aktueller Stand
- 14.4** Sperrung des Tunnels - Anbringung von Hinweisschildern
- 14.5** RegioWIN
- 14.6** Einbahnstraßenregelung Klarenbergstraße
- 14.7** Verkehrs- und Parkkonzept Südstadt

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er setzt den Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung ab, da dieser zunächst im Ortschaftsrat Weiler vorberaten werde. Außerdem berichtet er davon, dass die Corona-Zahlen weiterhin steigend seien, aktuell liege die 7-Tage-Inzidenz bei 216.

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen wünscht eine Ausstattung von Erzieherinnen und Erzieherin mit FFP2-Masken.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies in die Diskussion mit aufnehme.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen wünscht die Vertagung des Tagesordnungspunktes 7, da Diskussionsbedarf bestehe.

Oberbürgermeister Arnold plädiert dafür, diesen aufgrund des entstandenen Kompromissvorschlags zu behandeln.

zu 1 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats durch Ausscheiden von Herrn Christian Baron und Frau Nora Kasüsche
Vorlage: 191/2020

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD erläutert, dass der Besetzungsvorschlag der CDU-Fraktion für den VGW-Aufsichtsrat, bei dem ein Sitz nun von Stadtrat Dr. Vatheuer eingenommen werde, bei der Fraktion Fragezeichen aufgeworfen habe, da man dies in der Vergangenheit vorab fraktionsübergreifend diskutiert habe, dies nun aber nicht geschehen sei. Die Fraktion werde sich daher enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (11 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Herrn Christian Baron aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd gegeben sind. Herr Baron scheidet mit Ablauf des 30.11.2020 aus dem Gemeinderat aus.
2. Herr Simon Ihlenfeldt rückt ab 01.12.2020 für Herrn Christian Baron in den Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd nach.
3. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Frau Nora Kasüsche aus dem Gemeinderat der Stadt Schwäbisch

Gmünd gegeben sind. Frau Kasüschke scheidet am 18.11.2020 aus dem Gemeinderat aus.

4. Herr Ludwig Majohr rückt ab 18.11.2020 für Frau Nora Kasüschke in den Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd nach.

5. Der Gemeinderat stimmt der Besetzungsliste gemäß Anlage 1 zu.

Im Anschluss an die Beschlussfassung bedankt sich Oberbürgermeister Arnold bei Herrn Baron sowie Frau Kasüschke für deren 21-jähriges bzw. 1-jähriges Engagement im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd. Anschließend verpflichtet er Herrn Ihlenfeldt sowie Herrn Majohr.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Festsetzung der Besoldung des Ersten Beigeordneten **Vorlage: 202/2020**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Beck/SPD schlägt, die Eingruppierung in die niedrigere Besoldungsgruppe vor.

Herr Ott erläutert, dass bereits bei den Vorgängern von Herrn Baron die höhere Besoldungsgruppe von Beginn an angesetzt worden sei. Außerdem habe man Nachbarkommunen angefragt, Göppingen und Heidenheim würden dies ebenfalls so handhaben. Von Aalen stehe eine Antwort noch aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (3 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der künftige Erste Beigeordnete, Herr Christian Baron, soll nach § 1 Abs. 2 Landeskommunalbesoldungsgesetz (LKomBesG) in die Besoldungsgruppe B 6 eingewiesen werden. Er erhält eine Dienstaufwandsentschädigung nach § 8 Abs. 1 LKomBesG in Höhe von neun Prozent des festgesetzten Grundgehalts.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2
nachrichtlich an Amt:

zu 3

Stadt- und Hospitalwald Schwäbisch Gmünd:

- **Vorstellung des Betriebsplans für das Forstwirtschaftsjahr 2021 und des Vollzugs 2020 durch die Kreisforstverwaltung**
- **Überplanmäßige Ausgabe für Holzfällung und -aufbereitung im Vollzug 2020**

Vorlage: 218/2020

Protokoll:

Herr Bantel führt in den Sachverhalt ein.

Herr Weiher präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob die Douglasie die beste Baumart für die Zukunft sei.

Herr Weiher antwortet, dass man dies nicht wisse.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Mehrausgaben in Höhe von 50.000 Euro auf einen nicht klimaresistenten Wald zurückzuführen seien. Außerdem möchte wissen, ob man bei höheren Investitionen das Haushaltsrisiko minimieren könne.

Herr Weiher antwortet, dass man beim Waldumbau immer im Promillebereich liege. Es sei eine dauerhafte Aufgabe für Generationen.

Stadtrat Schwab/SPD erläutert, dass die Landesregierung damit rechne, dass künftig rund 30 Millionen Euro jährlich in den Waldumbau investiert werden müssten. In Schwäbisch Gmünd seien 30.000 Euro für 2021 eingeplant. Er erkundigt sich, ob es Prognosen gebe, ob es künftig noch mehr werde.

Herr Weiher antwortet, dass es sich hier um eine aktuell geltende finanzielle Größenordnung handle. Das Land zahle 30 Millionen Euro an Waldbesitzer aus.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach der Zuständigkeit für die Sanierung der Waldwege. 10.000 Euro seien sehr wenig. Er möchte wissen, ob es Kriterien für die Prioritätensetzung gebe.

Herr Weiher antwortet, dass es sich um eine Routineunterhaltung handle.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für die Arbeit. Er plädiert dafür, kaputte Waldwege zu sanieren, um sie den Freizeitnutzern zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2021 für den Stadt- und Hospitalwald Schwäbisch Gmünd, wie von der Kreisforstverwaltung vorgestellt, zu.
2. Der Gemeinderat bewilligt eine überplanmäßige Ausgabe im Bereich der Holzfällung und -aufbereitung in Höhe von 50.000 € im Vollzug 2020.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Spenden-Aktion für den klimagerechten Waldumbau
Vorlage: 217/2020

Protokoll:

Herr Weiher stellt vor den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, ob man auch private Waldbesitzer mit einbeziehen könne.

Herr Weiher antwortet, dass es in Schwäbisch Gmünd 4.000 Hektar Wald seien, die überwiegende Fläche sei Staats- und Kirchenwald. Jeder sei selbst verantwortlich.

Stadtrat Maihöfer/CDU begrüßt die Aktion. Er wünscht sich, dass möglichst viele daran teilnehmen. Die Waldwege würden auch von Privatleuten genutzt.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man die Initiative unterstütze. Man finde die Kombination zwischen Spenden und Beteiligung sehr sinnvoll. Sie erkundigt sich, was passiere, wenn nicht genügend Spenden zusammenkämen.

Herr Weiher antwortet, dass man auf die Spenden angewiesen sei.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass die SPD-Fraktion die Aktion ebenfalls begrüße.

Stadtrat Dionyssiotis signalisiert ebenfalls Unterstützung.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Vorstellung. Sie erkundigt sich nach geeigneten Baumarten für die Stadtquartiere und regt an, auch eine innerstädtische Spendenaktion ins Leben zu rufen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Vorschlag prüfen werde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste begrüßt die Aktion ebenfalls und wünscht sich, dass es dauerhaft verankert werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man 2013 bei der Klimaallee bereits eine

Spendenaktion gehabt habe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt einer Spenden-Aktion für den klimagerechten Waldumbau zu.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Forstaußenstelle Schwäbisch Gmünd der Kreisforstverwaltung, die Einleitung einer solchen Spenden-Aktion zu prüfen und umzusetzen.
Bei den Spenden sollen sich sowohl Privatpersonen als auch Firmen engagieren können.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Projekt einer kombinierten Schaf- und Ziegenbeweidung auf Heide- und Waldflächen im Naturschutzgebiet Bargauer Horn
Vorlage: 216/2020**

Protokoll:

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

**zu 6 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
hier: Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum
Vorlage: 208/2020**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (siehe Anlage)

zu.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1

nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Fremdvergabe/Eigenbesorgung im Bereich Grünpflege, Winterdienst und
Reinigung der städtischen Gebäude
Vorlage: 206/2020/1**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und erläutert den Kompromissvorschlag, der sich nun ausschließlich auf die Reinigung und nicht auf die Grünpflege und den Winterdienst beziehe.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE führt aus, dass er nicht im Namen der Fraktion, sondern in seinem Namen sowie im Namen von Stadtrat Lieb und Stadträtin Schneider spreche. Man habe sich zusammengesetzt um einen Kompromissvorschlag erarbeitet. Er geht auf die vier wesentlichen Punkt ein:

- Prozentuale Erhöhung: 75.000 Euro seien eine Mehrbelastung, aber man spreche von Positionen, bei denen man nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung habe.
- Bestärkung, dass Schwäbisch Gmünd auf die Tariftreue setze.
- Man wolle den Antrag nicht jedes Jahr erneut ansprechen, mit dem Kompromiss habe man das Thema bis 2023/2024 vom Tisch. Dies wäre ein gutes Zeichen.
- Es sei ein politischer Kompromiss, den sieben Fraktionen beschließen können. Alle hätten das gleiche Ziel: Die Stadt voranzubringen. Dies wäre ein guter Anfang zu sagen, dass man hier in den letzten Jahren kontrovers diskutiert, aber dass man letztendlich einen Kompromiss gefunden habe. Hier könne man auch bei anderen Themen nachziehen.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass sich die Fraktion nicht einig sei, einige hätten angesichts der Haushaltssituation Bedenken. Künftig müsse man sich bei neuen Forderungen auch überlegen wie man diese finanziere. Wichtig sei die Tarifbindung, hier seien auch die Gewerkschaften gefordert. Man wolle künftig mehr solche Kompromisse auf die Reihe bekommen.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen findet es schade, dass man den Vorschlag nicht früher bekommen habe. Man sehe das Problem, dass es teurer sei, wenn man die Leute selber anstelle. Es sei nicht nur der Lohn, sondern auch die Zeitvorgaben. Häufig seien es auch nicht-sozialversicherungspflichtige Jobs, die Arbeitnehmer seien weniger oft krank aus Angst, den Job zu verlieren. Die Arbeitsleistung könne nicht das ganze Leben erbracht werden. Man solle sich mit den einkommensschwachen Arbeitnehmern solidarisieren, zum einen durch eine schrittweise Rückführung der

Fremdvergaben, zum anderen solle man bei Fremdvergaben die Arbeitgeberqualitäten mit unter die Lupe zu nehmen. Den Kompromiss könne man mittragen.

Stadtrat Lieb/SPD äußert, dass er die intensive Diskussion in der Sitzung des Verwaltungsausschusses/Haushaltsausschusses gut gefunden habe. Deshalb habe man sich zusammengesetzt und jetzt den Kompromissvorschlag ausgearbeitet. Wichtig sei auch die Gesprächsverpflichtung. Die SPD stimme daher zu.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob der Betrag von den Mitarbeitenden abgezogen werde und erwirtschaftet werden müsse.

Herr Ott verneint dies.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass es ein guter Vorschlag sei, dieser aber zum falschen Zeitpunkt komme aufgrund der finanziellen Lage. Die Fraktion habe daher erhebliche Bedenken. Luftfilter seien höher zu priorisieren. Man solle konsequent sein: Wenn man den Ersten Bürgermeister niedriger eingruppieren wolle, dann müsse man auch hier konsequent sein. Die Fraktion habe kein einheitliches Bild wie man abstimme.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man ebenfalls kein einheitliches Bild habe. Er verstehe die Sinnhaftigkeit des Kompromisses nicht, da das Thema wieder auf die Tagesordnung kommen werde. Es sei in der aktuellen Haushaltslage schwer nachzuvollziehen. Man erkaufe sich einen teuren Kompromiss, hier könne man nicht zustimmen.

Stadtrat Lieb/SPD widerspricht der Aussage, dass es ein teuer erkaufter Kompromiss sei. Man müsse es beobachten, darauf habe er hingewiesen. Wenn Menschen am Ende ihres Arbeitslebens in die Grundsicherung abrutschen, gehe dies auf die Kosten von allen. Man solle sich daher gegenüber dem Thema öffnen. Es stehe nirgends, dass es 2023 zu 100 Prozent sein müsse. Es sei jedoch ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Stadträtin Schneider/DIE LINKE widerspricht ebenfalls der Aussage von Stadtrat Dr. Vatheuer. Sie erinnert an die Aussagen, dass die Fraktion DIE LINKE bei den Mehrausgaben der Remstal Gartenschau in Höhe von einer Million Euro ruhig sein solle. Stadtrat Dombrowski habe das Thema mit der Besoldungsfrage verglichen, dies finde sie traurig. Sie stellt sich die Frage, wie man einen Ersten Bürgermeister mit einer Reinigungskraft vergleichen könne. Man müsse sich fragen, wie schizophren der Gemeinderat aufgestellt sei. 2021 werde die aktuelle Situation noch keine Auswirkungen haben, die Kreisumlage werde gesenkt. Eine Kommune verdiene durch die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer breche weg, also bleibe nur die Einkommenssteuer. Man solle dafür einstehen, dass man gutes Personal habe und bezahle und diese Menschen eine gute Rente hätten ohne Zuzahlungen. Man wolle es bekämpfen, wolle aber nicht mehr dafür ausgeben. Das passe nicht gut zusammen. Sie findet es jedoch gut, dass man einen Kompromiss gefunden habe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass ihm bewusst sei, dass es zwischen der Vergütung des Ersten Bürgermeisters und einer Reinigungskraft einen Unterschied gebe. Es sei ihm nicht darum, sondern um die Inkonsequenz gegangen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es in der Sache um den Menschen gehe. Das spreche auch die Bürgerschaft an. Erst 2023/2024 sehe man, ob es Früchte getragen habe. Es schaffe auch Anreize für Menschen, dass Arbeit honoriert werde. Man sei Schwäbisch Gmünd, er bittet um eine Chance für den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (7 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Anteil der Fremdvergabe soll im Bereich Reinigung von 48% auf 45% reduziert und der Anteil der Eigenreinigung somit von 52% auf 55% erhöht werden. Dies hat eine Kostensteigerung von ca. 75.000 Euro zur Folge.
2. Bei der Vergabe freiwerdender Stellen im Bereich der Eigenreinigung werden bewährte Kräften aus beauftragten Fremdfirmen bevorzugt eingestellt.
3. Reinigungsleistungen werden weiterhin nur an Firmen fremdvergeben, die ihre Beschäftigten tarifreu bezahlen.
4. Damit setzt der Gemeinderat auch in Zeiten einer äußerst schwer zu kalkulierenden und angespannten Haushaltslage ein Zeichen zu Gunsten der Beschäftigten mit geringer Bezahlung.
5. Soweit der Ergebnishaushalt in zukünftigen Jahren ein deutlich positives Ergebnis aufweist, wird über eine weitere Erhöhung entschieden. Bis dahin bleibt es bei der Quote von 55%. Im Lichte der Erfahrungen wird die Verwaltung 2023/2024 zu einem Gespräch über das künftige Verfahren einladen.
6. In den Bereichen Winterdienst und Grünpflege gibt es keine Änderung in Bezug auf den Umfang der Fremdvergaben.

Stadtrat Lieb/SPD weist darauf hin, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund auf eine Antwort warte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Antwort morgen früh erfolge.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65, 10.2
nachrichtlich an Amt: 68

**zu 8 Neuausschreibung im Kopier-, Druck- und Telefaxbereich für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und die Schwäbisch Gmünder Schulen
hier: Vergabe der Lieferung, Einrichtung und Wartung der Geräte nach VOL
Vorlage: 207/2020**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Lieferung, Einrichtung und Wartung der Kopier-, Druck-, Fax- und Scansysteme für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und die Schwäbisch Gmünder Schulen wird für den Zeitraum 01.03.2021 bis 28.02.2026 wie folgt vergeben:

Los 1 (DIN A4 und DIN A3-Systeme für die Verwaltung und DIN A4 und DIN A3-Systeme für die Schulen)

Fa. Systemhaus Bissinger GmbH, Gundelfingen, 736.742,33 €

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:10.3
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Antrag der SPD-Fraktion zur Beschaffung von Luftfiltern für Gmünder Schulen
Vorlage: 220/2020**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man auf Landkreisebene eine Arbeitsgruppe habe, da man hier einheitlich verfahren müsse. Er bittet darum, die Ergebnisse dieser abzuwarten.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass sich die SPD-Fraktion bereits vor einigen Wochen mit dem Thema befasst habe. Man habe steigende Infektionszahlen und auch zunehmende Infektionen an den Schulen. Daher habe man eine Kalkulation beantragt. Man halte den Einsatz für sinnvoll, da man die Wirkung nach dem Ergebnis erster wissenschaftlicher Studien als erwiesen erachte. Der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes fordere dies und das Umweltbundesamt empfehle es. Das Staatsmi-

nisterium Baden-Württemberg nutze dies in der hauseigenen Kantine oder bei größeren Besprechungen. Über den Sommer hätten von Bund und Land Konzepte ausgearbeitet werden müssen. Da dies verpasst worden sei, habe die Fraktion beschlossen, diesen Antrag einzubringen. Man wolle an dem Antrag auch festhalten, sei aber auch für den Arbeitskreis auf Landkreisebene bereit.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er keine Parallelverwaltung aufbaue. Er könne ein Zwischenergebnis liefern, mehr aber nicht. Jeder Klassenraum sei lüftbar. Man solle der Gruppe erst Zeit geben. Man solle die Krise mit gesundem Menschenverstand bewältigen. Es sei momentan nicht das dringendste Problem in Schwäbisch Gmünd, da man hier lüften könne. Sollte ein Raum kleiner als 40 qm sein, könne man es dort testen. Daher habe man vorgeschlagen, dass der Landkreis eine Arbeitsgruppe einrichte und sich Schwäbisch Gmünd einbringe. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe werde man im Gremium vorstellen. Er bittet um Zustimmung zu diesem Verfahren.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei der SPD-Fraktion. Man habe schon öfters über Lüftungsanlagen diskutiert. Damit solle man sich nochmals beschäftigen. Man solle bei einem Klassenzimmer probeweise eine einbauen. Er würde den Antrag daher gerne erweitern.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies auch Teil der Arbeitsgruppe sei.

Bürgermeister Mihm berichtet, dass in Bayern ein Gymnasium mit einer Lüftungsanlage gebaut worden sei. Hier gebe es ein zentrales Technik-Konzept. Die Erkenntnisse der Evaluierung waren jedoch erschreckend, da es sehr mühsam sei, die Nutzer in das System – trotz Begleitung – zu bringen. Man müsse daher mit hoher Dezentralität und weniger Steuerungsaufwand dem Thema zu begegnen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man den gesunden Menschenverstand mit einbeziehen müsse.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE antwortet, dass es eine hohe Investitionssumme sei, daher gehe man mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters mit.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass es ein sinnvoller Antrag sei, andererseits könne man dem Vorschlag des Oberbürgermeisters folgen. Die Situation in den Schulen werde prekärer. Daher solle man möglichst schnell handeln. Es gebe viel Potenzial.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass momentan klare technische Bekenntnisse fehlen würden.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man lediglich belastbare Aussagen haben wolle. Er erkundigt sich, wann die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorliegen werden. Man trage dies so mit, sollte dies vor Weihnachten sein.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es in der Gemeinderatssitzung am 16.12.2020 vortragen könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erläutert, dass die Geräte in der Wissenschaft nicht unumstritten seien, man solle mit Maß und Ziel, Sinn und Verstand an die Sache gehen. Er erkundigt sich, ob die Fraktion sich schon Gedanken über die Finanzierung gemacht habe.

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass Schwäbisch Gmünd dann ein höheres Level als alle umliegenden Schulen hätte. Außerdem müsse man auch bedenken, dass sich die Corona-Verordnung ändern könne. Nachher habe man Luftfilter, aber keine Schüler und Lehrer dort.

Stadtrat Lieb/SPD weist darauf hin, dass im Antrag auf eine Kostenkalkulation hingewiesen worden sei. Möglingen mache es auch vor, es gehe daher. Sicherlich sei es eine Abwägungssache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd beteiligt sich an einer Arbeitsgruppe des Landkreises zum Thema Luftfiltergeräte in Unterrichtsräumen. Als Ergebnis soll eine gemeinsame Empfehlung des Landkreises für die Schulträger entwickelt werden. Der Gemeinderat stimmt diesem Vorgehen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 65
nachrichtlich an Amt:

zu 10 Anträge der Fraktion Die Linke zur Dokumentationspflicht bei Vergabeverfahren und Einrichtung einer zentralen Vergabestelle Vorlage: 221/2020

Protokoll:

Herr Ott erläutert den Sachverhalt. Im ersten Halbjahr 2021 werde man Konkretes bezüglich Ziffer 2 berichten.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man immer noch fassungslos über die Mehrkosten der Remstalgartenschau sei und noch fassungsloser darüber, wie selbstverständliche Kontrollmechanismen versagt hätten. Ein „weiter so“ dürfe es daher nicht geben. Man habe daher Vorschläge gemacht, wie man künftig besser verfahren könne. In den Prüfberichten der Gemeindeprüfungsanstalt und des Rechnungsprüfungsamtes habe man bemängelt, dass Jahresberichte zu spät und außerhalb der Fristen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die Verwaltung sei von der Gemeindeprüfungsanstalt bereits vor einem Jahr auf die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle hinge-

wiesen worden. Bei Bündelung von Stellen könnte man erheblich profitieren. Es sei nachgewiesen, dass dadurch Kosteneinsparungen erfolgen könnten. Der Antrag solle daher so verstanden werden, dass man Lehren aus Fehlern ziehe. Man hätte gerne einen ambitionierten Zeitplan und erkundigt sich, bis wann man die zentrale Vergabestelle einführen werde.

Herr Ott antwortet, dass es bis Juni 2021 eine Vorlage geben werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass man die Kirche im Dorf lassen müsse. Die Remstal Gartenschau sei eine Ausnahmesituation gewesen. Das Tagesgeschäft bei der Verwaltung laufe problemlos. Man solle sich umschauchen, was Best Practice sei. Er sehe keine Notwendigkeit, weitere Stellen aufzubauen.

Stadtrat Bläse/CDU begrüßt den Antrag, da man aus Fehlern lernen müsse. Ob es eine zentrale Vergabestelle sein müsse oder nicht, müsse man prüfen. Viel wichtiger als die Vergabestelle sei das Controlling von Großaufträgen. Diese müsse man definieren. Hier müsse man dran sein und dem Gemeinderat berichten.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der Meinung von Herrn Schaumann.

Herr Schaumann antwortet, dass eine zentrale Vergabestelle hilfreich sei. Das Rechnungsprüfungsamt stehe daher hinter einer Vergabestelle, die die vergebenden Ämter betreut. Das Leistungsverzeichnis und die Inhalte müssten aber von den Fachämtern kommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die gesetzlichen Vorgaben/Vorschriften sind auch bei Vergabeverfahren Grundlage für das Verwaltungshandeln. Im Rahmen der Prüfberichte der Gemeindeprüfungsanstalt und des Rechnungsprüfungsamtes wird der Gemeinderat regelmäßig über die Einhaltung der Vorgaben informiert.
2. Entsprechend dem bereits erfolgten Beschluss des Gemeinderates am 22. Juli 2020 prüft die Verwaltung, ob eine zentrale Beschaffungs- und Vergabestelle sinnvoll ist und welche Strukturen dafür zu schaffen wären. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2021 vorgelegt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10, 14
nachrichtlich an Amt:

- zu 11** **Festival Europäische Kirchenmusik**
- Abschlussbericht zum Festival 2020
- Planansatz für das Festival 2022
Vorlage: 194/2020

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Für das Festival Europäische Kirchenmusik wird im Haushalt 2022 verbindlich ein Ausgabenansatz für Sachkosten in Höhe von 400.000 € und ein Einnahmenansatz in Höhe von 295.000 € eingestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41, 20
nachrichtlich an Amt:

- zu 12** **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO**

Protokoll:

Herr Ott gibt bekannt, dass der Gemeinderat am 21.10.2020 folgenden Beschluss gefasst hat:

Baugebiet "Holder II" in Schwäbisch Gmünd-Großdeinbach
hier: Festlegung der Bauplatzpreise und Vergabe von Wohnbaugrundstücken an die Vereinigte Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH und den Bauverein Schwäbisch Gmünd eG, Vorlage 175/2020

Außerdem gibt er bekannt, dass der Verwaltungsausschuss am 04.11.2020 folgenden Beschluss gefasst hat:

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet Straßdorf Süd an Herrn Stefan Zolynski, Vorlage 184/2020

zu 13 Bekanntgaben**zu 13.1 Machbarkeitsstudie "Klepperle"****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass zur Reaktivierung der Verbindung Göppingen – Schwäbisch Gmünd eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 14 Anfragen**zu 14.1 Zeiselberg****Protokoll:**

Stadtrat Barth/CDU macht darauf aufmerksam, dass die Biergartensaison auf dem Zeiselberg am 4. April 2021 beginne.

zu 14.2 Vergünstigtes Parken an den Adventssamstagen**Protokoll:**

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass der Einzelhandel in Schwäbisch Gmünd sehr leide. Dies sehe man vor allem an den Samstagen, hier sei die Stadt leer. Der HGV habe

überlegt, was die Stadt tun könne, um diese belebter zu machen. Der Infektionsschutz gehe natürlich vor, aber der Einzelhandel benötige Kundschaft. Der ÖPNV funktioniere gut, sollte jedoch zu Corona-Zeiten nicht überstrapaziert genutzt werden. Daher beantrage die CDU-Fraktion das Parken in den städtischen Parkhäusern (Stadtgarten, Remsdeck, Fehrle) für einen Euro anzubieten, unabhängig von der Parkdauer. Zusätzlich solle man die Parkscheinpflicht samstags ab 12 Uhr abschaffen.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man die Kosten ermitteln werde und der Sozialausschuss darüber abstimmen könnte.

Die Fraktionen zeigen sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 14.3 Abbruch Rotrinnen-Steg - Aktueller Stand

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Teilabbruchs des Rotrinnen-Stegs, den der Gemeinderat am 23.07.2020 beschlossen habe.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man dran sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 14.4 Sperrung des Tunnels - Anbringung von Hinweisschildern

Protokoll:

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob man bei einer Sperrung des Tunnels darauf hinweisen könnte, sodass man rechtzeitig ausweichen könne. Sie schlägt vor, beispielsweise an den Kreisverkehren ein entsprechendes Hinweisschild anzubringen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30

nachrichtlich an Amt:

zu 14.5 RegioWIN

Protokoll:

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er sich gewundert habe, dass beim Kreisentwicklungsdialo g kein Projekt von Schwäbisch Gmünd vertreten gewesen sei.

Herr Groll antwortet, dass RegioWIN ein Projekt sei, bei dem man immer dabei sei, auch in diesem Jahr. Das Projekt werde man voraussichtlich am 02.12.2020 vorstellen. Beim Kreisentwicklungsprojekt seien nur Leuchtturmprojekte vorgestellt worden, Schwäbisch Gmünd sei mit einem Schlüsselprojekt bei RegioWIN dabei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 14.6 Einbahnstraßenregelung Klarenbergstraße

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, wie die Verkehrsbehörde die Einbahnstraßenregelung im Eingangsbereich der Klarenbergstraße (Tempo 30-Zone) begründe.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 14.7 Verkehrs- und Parkkonzept Südstadt

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob das Thema behandelt werde.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: